

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Landesgeschäftsstelle: Kurhausstr.6, 36433 Bad Salzungen, Fon u. Fax (03695) 8534426
Internet: www.Buergerallianz.de E-Mail: BA-Kontakt@Buergerallianz.de
Landesvorsitzender: Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden,
Fon: (03683) 402048 Mobil: (0151) 11202843
Fax: (03683) 466708 E-Mail: Peter.Hammen@Buergerallianz.de

Alle Abgeordneten
des Thüringer Landtags

29.03.2007

Offener Brief an die Abgeordneten des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

es ist verantwortungslos, wenn die Fraktionen der CDU und SPD im Thüringer Landtag und die Landesregierung die Probleme der Bürger negieren und meinen, die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bis 1991 wäre gerechtfertigt und zumutbar.

Auch gerade mit Blick auf die aktuelle Rechtsprechung in Sachsen (OVG Bautzen vom 31.01.2007) fordern wir von der Landesregierung und der Fraktion der CDU im Thüringer Landtag umgehend in Thüringen die Aufhebung des gesetzlichen Zwanges zur rückwirkenden Erhebung von Straßenausbaubeiträgen.

Die Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS hatte hierzu einen Gesetzentwurf (DS 4/2620) in den Thüringer Landtag eingebracht, der dafür einen Lösungsansatz bietet.

Die Thüringer Bürgerallianz bleibt bei ihrer grundsätzlichen Forderung nach Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge. Diese sind nicht mehr zeitgemäß, weil sie weder das Verursacherprinzip noch das Prinzip der Inanspruchnahme und ökologische Aspekte berücksichtigen. Wir verwahren uns grundsätzlich dagegen, in dieser Diskussion Grundstückseigentümer und Mieter gegeneinander auszuspielen.

Wir streiten für vertretbare und sozial gerechte Kommunalabgaben für alle Bürger.

Wer verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielt, will die Gesellschaft spalten.

Es ist eine Legende, dass die Abschaffung von Beiträgen automatisch zu einer höheren Belastung der Mieter führt. Dies ist schon deshalb falsch, weil letztlich die Eigentümer von selbst genutztem Wohneigentum auch bei der Finanzierung von wasserwirtschaftlichen Investitionen über Gebühren anteilig zur Gegenfinanzierung beitragen.

Die Mieter in den kommunalen Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften zahlen über die Miete letztlich vollständig die Beiträge mit. Somit sind bereits die Mehrzahl der Mieter, insbesondere die sozial Benachteiligten von der Beitragszahlung unmittelbar oder mittelbar betroffen.

Für die Abschaffung der Beiträge spricht auch ein höheres Maß von Kostentransparenz.

Ohne Beiträge wird im Abwasserbereich eindeutig sichtbar, welche Kosten tatsächlich entstehen. Straßen gehören zur allgemeinen Daseinsvorsorge. Dies ist bei Bundesautobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen selbstverständlich. Hier erfolgt eine ausschließliche Steuerfinanzierung der Investitionen. Nur bei Gemeindestraßen wird dieser Grundsatz durchbrochen und dies ohne sachliche Begründung.

Die Beitragsbefürworter müssen sich die Frage beantworten, weshalb sie bis 2004 nicht die flächendeckende Erhebung von Wasserbeiträgen gefordert haben. Bis dahin hatten zwei Drittel der Wasserzweckverbände auf die Erhebung von Beiträgen verzichtet, ohne dass hier Mieter eine finanzielle Mehrbelastung beklagt hätten.

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Landesgeschäftsstelle: Kurhausstr.6, 36433 Bad Salzungen, Fon u. Fax (03695) 8534426
Internet: www.Buergerallianz.de E-Mail: BA-Kontakt@Buergerallianz.de
Landesvorsitzender: Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden,
Fon: (03683) 402048 Mobil: (0151) 11202843
Fax: (03683) 466708 E-Mail: Peter.Hammen@Buergerallianz.de

Im Abwasserbereich schaffen immer mehr Aufgabenträger die Beitragsfinanzierung richtigerweise ab.

Bei den Straßenausbaubeiträgen konnten die Gemeinden bisher selbst entscheiden. Dies muss so bleiben und umgehend über die grundsätzliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eine Diskussion beginnen.

Bisher hat sich nur die Fraktion der Linkspartei.PDS im Thüringer Landtag für die Abschaffung dieser Beiträge ausgesprochen.

Die Fraktionen der CDU und SPD werden aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen.

Eine Grundsatzentscheidung hierzu muss noch 2007 getroffen werden, weil am Jahresende die Verjährungsfrist für die meisten Beitragspflichten einsetzt.

Als Bürgerallianz wollen wir uns in die laufende Diskussion einbringen. Bisher waren jedoch die Fraktionen der CDU und SPD und Landesregierung kaum bereit, diese Diskussion mit uns zu führen.

Auch diese Diskussionsblockade sollte umgehend beendet werden.

Für weitere Gespräche stehen wir Ihnen zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen



Peter Hammen
Vorsitzender